



Englischer Originaltext unter <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2023/02/israel-opt-palestinian-lives-in-peril-as-israel-reinforces-apartheid/>

NEWS - FEBRUAR 2023

1. Februar 2023

ISRAEL UND DIE BESETZTEN PALÄSTINENSISCHEN GEBIETE: Israel verfestigt Apartheid weiter und gefährdet damit das Leben von Palästinenser*innen

Wie Amnesty International heute erklärte, müssen Israels Behörden das System der Apartheid abbauen, das so viel Leiden und Blutvergießen verursacht. Seitdem die Organisation vor einem Jahr eine groß angelegte [Kampagne](#) gestartet hat, wurden fast 220*** Palästinenser*innen von israelischen Truppen getötet, allein 35 davon im Januar 2023. Rechtswidrige Tötungen helfen dabei, Israels Apartheid-System aufrechtzuerhalten und stellen – ebenso wie andere immer weiter fortlaufende Verstöße durch die israelischen Behörden wie etwa die Administrativhaft oder die Zwangsumsiedlung - ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar.

Die dringende Notwendigkeit zur Klärung der Verantwortlichkeiten wurde durch eine Serie tödlicher Angriffe in den letzten Tagen noch einmal deutlich hervorgehoben worden. Am 26. Januar 2023 führten israelische Truppen im Flüchtlingslager von Jenin eine Razzia durch und töteten zehn Palästinenser*innen, darunter eine 61 Jahre alte Frau. Am 27. Januar 2023 starben in Neve Ya'alov, einer israelischen Siedlung im besetzten Westjordanland, sieben israelische Zivilist*innen, als ein palästinensischer Schütze das Feuer auf sie eröffnete. In Reaktion auf diese Attacke verstärkten die israelischen Behörden die kollektive Bestrafung von Palästinenser*innen, führten Massenverhaftungen durch und drohten mit strafweisen Hausabbrissen.

*„Die verheerenden Ereignisse der vergangenen Woche haben wieder einmal den tödlichen Tribut des Systems der Apartheid offengelegt. Das Versagen der Internationalen Gemeinschaft, die israelischen Behörden für die Apartheid und für andere Verstöße gegen Menschen- und Völkerrechte zur Rechenschaft zu ziehen, hat diesen freie Bahn gegeben, um Palästinenser*innen tagtäglich auszugrenzen, zu kontrollieren und zu unterdrücken und trägt dazu bei, dass die tödliche Gewalt immer weiter aufrechterhalten wird. Apartheid ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, und es ist ehrlich gesagt schaurig zu sehen, dass es den Tätern auch nach einem Jahr immer noch gelingt, der Gerechtigkeit zu entgehen“,* sagte Amnesty Internationals Generalsekretärin Agnès Callamard.

„Israel versucht schon seit langem, Erkenntnisse über die Apartheid durch gezielte Schmutzkampagnen zum Schweigen zu bringen und die Internationale Gemeinschaft lässt sich von dieser Taktik einschüchtern. Solange das System der Apartheid nicht abgebaut ist, gibt es jedoch keine Hoffnung auf Schutz für das Leben von Zivilpersonen und auch keine Hoffnung auf Gerechtigkeit für trauernde Familien in Palästina und Israel.“

Unter der Apartheid kontrolliert Israel nahezu jeden Aspekt des palästinensischen Alltags und überzieht die palästinensische Bevölkerung durch die Zersplitterung ihrer Landgebiete mit Siedlungen, Checkpoints, Sperranlagen und deren Infrastruktur sowie durch gesetzlich festgeschriebene Ausgrenzungen einer tagtäglichen Unterdrückung und Diskriminierung. Palästinenser*innen, die in den besetzten palästinensischen Gebieten (OPT/Occupied Palestinian Territories) leben, sind auf separate Enklaven verteilt, wobei Palästinenser*innen, im Gazastreifen durch Israels Blockade weitestgehend vom Rest der Welt abgeschnitten sind, was bereits zu einer humanitären Krise geführt hat und eine Form der Kollektivstrafe darstellt,

TÄGLICHE ZEUGNISSE DER APARTHEID

Am 1. Februar 2022 veröffentlichte Amnesty International einen [Bericht](#), der im Detail darlegt, wie Israel ein institutionalisiertes System der Unterdrückung und Beherrschung gegen Palästinenser*innen durchsetzt, wo immer es die Kontrolle über deren Rechte innehat - in Israel, den besetzten palästinensischen Gebieten (OPT) und gegen die vertriebenen Flüchtlinge, indem ihnen ihr Recht auf Rückkehr verweigert wird. Das zeigt, wie israelische Gesetze, Politiken und Praktiken mit dem übergeordneten Ziel beschlossen werden, eine jüdische demographische Mehrheit und die größtmögliche Kontrolle über Land und Ressourcen aufrechtzuerhalten, um jüdische Israelis zum Nachteil von Palästinenser*innen davon profitieren zu lassen.

Im weiteren Verlauf entwickelte sich das Jahr 2022 für Palästinenser*innen im besetzten Westjordanland zu einem der tödlichsten Jahre seit mindestens 2005. Zumeist im Zusammenhang mit verstärkten Militärrazzien und Verhaftungsoperationen wurden rund 153 Palästinenser*innen, darunter Dutzende Minderjährige, von israelischen Truppen getötet. [Amnesty Internationals Recherchen](#) stellten fest, dass 33 Palästinenser*innen, darunter 17 Zivilpersonen, bei der August-Offensive gegen den Gazastreifen im Jahr 2022 von israelischen Streitkräften getötet wurden und dass mindestens sieben Zivilist*innen in Israel durch Raketen ums Leben kamen, die bewaffnete palästinensische Gruppen abgefeuert hatten.

Währenddessen [nahmen](#) die Vorfälle von Siedlergewalt gegen Palästinenser*innen 2022 im sechsten Jahr in Folge mit Angriffen wie körperliche Attacken, Eigentumsbeschädigungen und die Zerstörung von Olivenhainen weiter [zu](#). Dass die israelischen Behörden diese Gewalt billigen, sie sogar fördern, indem israelische Soldaten die angegriffenen Palästinenser*innen festnehmen, Siedlern bewaffnete Eskorten zur Verfügung stellen oder einfach nur von der Seitenlinie her zusehen, wie Palästinenser*innen verprügelt und ihr Eigentum zerstört werden, ist umfangreich dokumentiert. Diese Kultur der Straflosigkeit hat zu weiterer Gewalt ermutigt, wie die Welle der gewaltsamen Angriffe durch Siedler, die sich in den letzten Tagen ereignet haben, wieder beweist.

Nach dem Schusswaffenangriff von Neve Ya'akov scheinen Israels Behörden weitere Gewalthandlungen gegen Palästinenser*innen anzuheizen und kündigten Pläne zur beschleunigten Vergabe von Waffenscheinen an, *„um Tausenden zusätzlichen Bürger*innen die Möglichkeit zu geben, Waffen zu tragen“*. Premierminister Benjamin Netanyahu, der bereits versprochen hatte, den illegalen Siedlungsbau in den gesamten besetzten palästinensischen Gebieten massiv auszudehnen, erklärte auch, dass von Regierungsseite geplant sei, *„die Siedlungen zu stärken“*.

Nach internationalem Völkerrecht sind alle israelischen Siedlungen illegal, und Israel langanhaltende Politik der Ansiedlung von Zivilpersonen auf besetztem Gebiet gilt als [Kriegsverbrechen](#).

Ein verstärkter Siedlungsausbau wird zahllose Palästinenser*innen in die Gefahr einer Zwangsumsiedlung bringen, ebenfalls ein [Verbrechen gegen die Menschlichkeit](#), das von den israelischen Behörden systematisch betrieben wird. Ein kürzliches Beispiel ist die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs vom Mai 2022, grünes Licht für die Zwangsumsiedlung von über 1.150 Palästinenser*innen aus Masafer Yatta im Westjordanland zu geben.

Im vergangenen Jahr bauten die israelischen Behörden auch ihren Plan aus, das nicht anerkannte Dorf Ras Jrabah in der Negev/Naqab-Region in Israel abzureißen und dessen 500 palästinensisch-beduinischen Einwohner*innen zu vertreiben. Im gleichen Rahmen wurde im Januar 2023 das Beduinendorf al-Araqib zum 212. Mal abgerissen. Amnesty Internationals Bericht über die Apartheid zeigt, wie Zwangsvertreibungen in der Negev/Naqab-Wüste in Israel und in den gesamten besetzten palästinensischen Gebieten zur Verfolgung der demographischen Ziele des Staates Israel durchgeführt werden.

ZUNEHMENDE ANERKENNUNG

Inmitten dieser Verstöße wächst auf internationaler Ebene die Anerkennung dafür, dass die israelischen Behörden das Verbrechen der Apartheid begehen. Seit langem fordern Palästinenser*innen, dass Israels Herrschaft als Apartheid-System verstanden wird. Auch palästinensische Organisationen wie *al-Haq*, das *Palästinensische Zentrum für Menschenrechte* und *al-Mezan* betreiben bei den Vereinten Nationen in dieser Hinsicht Lobbyarbeit an vorderster Front.

Dass im Jahr 2022 gleich zwei Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen zu dem Schluss kamen, dass die israelischen Behörden das Verbrechen der Apartheid begehen, verlieh der Anerkennung dieser Forderung einen erheblichen Schub. Die Zahl der Staaten im Menschenrechtsrat, die Israel als Apartheid-System sehen, verdoppelte sich von neun im Jahr 2021 auf 18 im Jahr 2022. Unter den Ländern, die wegen der Art und Weise des israelischen Umgangs mit Palästinenser*innen Bedenken zum Ausdruck brachten, befanden sich insbesondere auch Südafrika und Namibia. Verschiedene internationale und israelische Menschenrechtsorganisationen wie *Human Rights Watch*, *B'Tselem* und *Yesh Din* riefen ebenfalls zu einem Ende der Apartheid auf.

Israels Behörden geben sich große Mühe, die Erkenntnis über ihr System der Apartheid zu unterdrücken und in Misskredit zu bringen. Für palästinensische Menschenrechtsverteidiger*innen sind die Konsequenzen besonders schwerwiegend – im August 2022 wurden die Büros von sieben führenden palästinensischen Nichtregierungsorganisationen durchsucht, nach dem diese als „*Terroreinheiten*“ eingestuft und kriminalisiert worden waren. Im Dezember 2022 wurde Salah Hammouri, Feldforscher der Organisation für die Rechte von Gefangenen *Addameer*, der Einwohnerstatus für die Stadt Jerusalem entzogen und nach Frankreich deportiert, nachdem er neun Monate in israelischer Administrativhaft verbracht hatte.

MISSACHTUNG INTERNATIONALER VÖLKERRECHTE

Im Mai 2023 wird Israels menschenrechtliches Gebaren bei der Allgemeinen Periodischen Überprüfung (UPR / Universal Periodic Review) durch den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen genau untersucht. Amnesty International hat die israelischen Behörden angeschrieben und sie dringend aufgefordert, sich damit zu beschäftigen; Israels Vorlage für das [Überprüfungsverfahren](#) steht aber noch aus.

Die meisten Empfehlungen, die Israel während des letzten Überprüfungszyklus im Jahr 2018 von den überprüfenden Staaten vorgeschlagen wurden und vom Menschenrechtsrat gebilligt waren, sind von den israelischen Behörden ignoriert worden. So hält Israel derzeit zum Beispiel über 860 Palästinenser*innen - die höchste Zahl seit 15 Jahren - ohne Anklage oder gerichtliches Verfahren fest, obwohl das Land über die Jahre wiederholt, und auch 2018 wieder, darauf gedrängt wurde, die Anwendung der Administrativhaft zu beenden.

*„Die seit langem bestehende Missachtung der israelischen Behörden gegenüber ihren Verpflichtungen aus dem internationalen Völkerrecht und gegenüber den Empfehlungen der Internationalen Gemeinschaft führt für Palästinenser*innen weiterhin zu bitteren Konsequenzen, und sie untergräbt auch den Schutz der Rechte israelischer Bürger*innen“,* sagte Agnès Callamard

„Es sollte keinem Staat möglich sein, das Internationale Völkerrecht einschließlich der Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen systematisch und ohne jede Strafe zu missachten. Wir fordern die Staaten auf, alle Formen der Unterstützung für Israels Verstöße zu beenden und mit den Jahren der untätigen Komplizenschaft zu brechen, indem sie die israelischen Behörden zur Rechenschaft ziehen,“

**** Laut den Zahlen des Büros zur Koordination Humanitärer Angelegenheiten für die Zeit von Februar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 sowie anhand der Berichterstattung des Palästinensischen Gesundheitsministeriums für Januar 2023.*